UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
NOV 2 1936
LIBRARY

Abend- und Nacht-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg.	Berlin,	Nr.
1936	Freitag, 16. Oktober	1368

Ein österreichischer Bischof würdigt den Kampf des Nationalsozialismus gegen die rote Weltgefahr.

Wien, 16. Oktober. Eine Wiener Pressekorrespondenz, Eichdingers Zeitungsdienst veröffentlicht einen Aufsatz des als Rektor der Nationalstiftung Anima in Rom amtierenden österreichischen Bischofs Dr. Alois **Hudal.** Mehrere Wiener Blätter bringen auszugsweise diesen Artikel.

„Es ist begreiflich", so beginnt der Bischof seine Ausführungen, „das in einer im Dunklen wandelnden Geschichtsepoche, in der ständig Überraschungen die Menschen kaum zur Ruhe kommen lassen, von Zeit zu Zeit Lichtsignale über das wogende Meer der politischen Ereignisse geworfen werden. Aber nicht immer sind es wegweisende Lichtbilder. Nach dem Kampfe des Deutschen Reiches gegen den Bolschewismus und der deutsch-österreichischen Verständigung wird dieses Schicksal kaum erspart bleiben, weil es in erster Linie nicht bloß politische, sondern vielmehr kulturelle Interessen sind, die auf dem Spiele stehen. Aber wir wollen von jener Presse absehen, die vom Auslande bezahlt wird oder aus persönlichen Gründen die Verständigung der Bundesstaaten bekämpft, die innere Befriedigung Oesterreichs sabotiert, die bolschewistische Gefahr als ein Kindermärchen darstellt, die Normalisierung der Beziehungen zum Reiche als eine Selbstaufgabe Oesterreichs bezeichnet und aber ein Zusammengehen zwischen Katholizismus und Rußland propagieren möchte, als eine ruhige Entwicklung in Mitteleuropa. Da die Verständigung ein politisches Axiom für Mitteleuropa geworden ist, kann niemand dasselbe beseitigen, ohne staatliche Erschütterungen herbeizuführen."

Der Bischof befaßte sich dann eingehend mit den Gegnern „solcher Friedensarbeit". „Auch ein Königtum Oesterreich", erklärt er hierbei unter Hinweis auf die Legitimisten, „würde angesichts der vollständig geänderten Verhältnisse der Nationen im Donauraum keine antideutsche Politik machen können, ohne von den Wellen der Geschichte und der nationalen Dynamik weggespült zu werden."

„Niemals wird sich, mit der Befriedigung Deutschlands und Oesterreichs das Wiener Hybrid-Litteratentum abfinden, das Deutschland nur so lange liebte, als es im Schlepptau Moskaus wandelte, das radikalgesinnt jede nationale Aufbauarbeit verleugnet."

In diesem Zusammenhang kommt der Bischof auch auf das Judentum zu sprechen. „Das jüdische Problem ist auch in Wien brennend", meint er, aber, diese Frage werde in Oesterreich eine andere Lösung finden müssen als jene im Reich, um überflüssige Härten zu vermeiden".

„Die zweite Gegnerschaft, kommt aus einem in Presse und Propaganda nicht tiefenwirksam gewordenen, aber bedeutend ernster zu nehmenden Lager. Es sind jene überzeugten Katholiken und bekenntnistreuen Protestanten Oesterreichs, die als Beigabe und Begleiterscheinung der politischen Verständigung einen Einbruch der Deutschgläubigkeit in Oesterreich befürchten.

„Der Bolschewismus ist nicht eine zufällig vorübergehende Parteirichtung, sondern eine Seelenhaltung, in der ein stark nihilistischer Zug des von allen religiösen Bindungen losgelösten dekadenten Judentums eine bedeutende Rolle spielt.

„Der Gegenkampf kann deshalb auch niemals rein organisatorisch gewonnen werden, weil er eine weltanschauliche Krise ist, besonders muß auf geistiger weltanschaulicher Grundlage geführt werden.

„Wer mit Aufmerksamkeit die geistige Entwicklung Rußlands der letzten Jahrzehnte beobachtete, wird überdies bald sehen, daß die letzten Ursachen bolschewistischer Weltzersetzung nicht bloß in Rußland zu suchen sind, sondern, daß wir es vielmehr mit einem Einbruch westlicher europäischer Defaitismus in der russischen Seele zu tun haben, die durch ungesunde soziale, religiöse und staatspolitische Verhältnisse für eine solche Krise bereits vorbereitet war. Niemand leugnet, daß in Rußland innerpolitische Umwandlungen sich vollziehen im Sinne eines Erwachens der früheren großen nationalen Vergangenheit des Reiches. Allein, dieser Vorgang ist solange eine Täuschung Europas oder eine Unmöglichkeit, als Millionen Menschen von einer Handvoll fremder Religionshasser beherrscht und in ihrer kulturellen Freiheit niedergetrampelt werden.

„Wir dürfen nicht vergessen, daß es noch nicht solange her ist, daß Rußland, zum Teil mit gefälschten Pässen, seine besten Agitatoren nach Deutschland gesandt hatte. In Berlin arbeitete Joffe, in Halle Sinowjew, in München und im nordischen Industriegebiet Radek, um das revolutionierte Deutschland zum weltrevolutionären Vorgelände der gegen Westen vorzutragenden Weltrevolution zu machen.

„Daß Deutschland bis jetzt nicht die revolutionäre Verbut Rußlands für Europa geworden ist, wird das geschichtliche Verdienst des Nationalsozialismus bleiben, dessen erste Vorkämpfer für die Weltanschauung Moskaus niemals etwas übrig hatten. Die Losung des Nürnberger Parteitages war für Anhänger und Gegner der Bewegung, wie immer sich der einzelne zum Programm stellen mag, mehr als der Aufschrei einer Nation gegen die militärische Umklammerungs- und Isolierungspolitik der letzten Jahre, es war eine europäische Tat, die Rückbesinnung des Volkes auf die von Gott selbst gegebenen Werte: Volkstum, Boden, Heimat und Vaterland, in denen eine gewaltige Dynamik gegen den Einbruch fremder Welten gelegen ist. Die Nationalsozialistische Partei hat auf ihre Fahnen den Kampf gegen den Bolschewismus geschrieben."

Der Bischof kennzeichnet dann einen der Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus, indem er ausführt:

„Während der Bolschewismus wesentlich antireligiös ist, ja die zur Religion erhobene Brutalität darstellt und den Begriff der Familie unterschädigt, will der Nationalsozialismus auf religiösem Boden bleiben, auch wenn der Begriff der Religion nicht ganz im Sinne der Ueberlieferung genommen wird, sondern sämtliche geistigen und religiösen Inhalte mehr nach politischen Gesichtspunkten geordnet werden. Die Sendung des deutschen Volkes in Europa ist gerade in der Gegenwart für diesen ganzen Kontinent entscheidend, und diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn jene beiden Staaten, die jahrhundertelang in engster geschichtlicher Entwicklung verbunden waren, ganz eines Herzen sind, auch in der Bekämpfung jener Elemente, die heute Europas Führerstellung bedrohen.

„Gewaltig steht die Zukunft des deutschen Volkes vor unserem Auge, die keine Macht der Welt in ihrem Gange hemmen wird, wenn die Bindung von Christentum und Germanentum erhalten bleibt und nicht nur zur Spaltung des deutschen Volkes in zwei Konfessionen noch eine dritte Spaltung erstehen wird, die für immer die deutschen Einheit vernichten müßte. Es ist der Kampf um das heilige Reich der Deutschen, das Moeller van den Bruck sterbend geschaut hat. An den führenden Männern der Gegenwart liegt es, ob dieses Reich Wirklichkeit wird oder wie ein lichter Traum für Jahrhunderte verrinnt.

„Wir lehnen deshalb mit aller Entschiedenheit die Auffassung jener bereinzelten Kreise in Oesterreich ab, die glauben, daß Katholizismus und Bolschewismus eher zu einer Normalisierung kommen könnten als Vatikan und Reich, oder daß Rußland ein geeigneter Vertragspartner für Oesterreich ist, das seiner räumlichen Entfernung wegen eine unmittelbare weltanschauliche Einflußnahme nicht so akut erscheinen lasse. Trotz aller Bemühungen der kommunistischen Kreise, katholische Idealisten oder Utopisten durch Versprechungen an sich zu ziehen, gibt es hier kein Kompromiß und keine Verständigungsmöglichkeit, sondern nur einen starken heiligen Haß und Kampf bis zur Vernichtung.

„Vergleiche die Vorgänge anläßlich des Straßburger Katholikentages, bei dem die kommunistische Partei ein großes Plakat angeklagen hatte, das um die Gunst der Katholiken ward und in großen Lettern die Unschrift trug: „Katholiken, wir reichen Euch die Hände."

„Wenn der Direktor der katholischen Zeitung „Le Lorrain", Dombere Nis, der den Ruf eines ehrlichen französischen Patrioten hat, sogar den seitdem oft zitierten Ausspruch getan hat „Lieber Hitler als Moskau", so ergibt sich daraus für Deutschland und Oesterreich nur eines, daß es auch in kulturpolitischer Hinsicht, wenn der Kampf gegen den Bolschewismus erfolgreich zu Ende geführt werden soll, keine Doppelgleise weder für Deutschland noch für Oesterreich geben darf."

Der Bischof schließt: „Für die Deutschen muß wieder jene grobe Linie mit eiserner Festigkeit geschaffen werden, die Rosenberg, der gegenwärtige weltanschauliche Leiter der Bewegung, in seinem Werke „Verbrechen der Freimaurerei", das vor der Machtübernahme erschien, in klarer Weise vorgezeichnet hat und das kein Katholik oder christusgläubiger Protestant besser aussprechen oder wünschen könnte. Deutsche Kraft muß in den nächsten Jahren notwendig mehr auf äußere Gebiete sein, was aber unbedingt auch eine innere Erneuerung fordert, um dann die Sehnsucht vergangener Zeiten vollenden zu können: eine kraftvolle Nationalkultur, erwachsen aus einem kraftvollen Christentum."

Drei Fragen vor dem Auswärtigen Kammerausschuß.

Paris, 16. Oktober. Der Auswärtige Ausschuß der Kammer erörterte, wie bereits gemeldet, am Donnerstag drei politische Fragen, nämlich die spanische Frage, die Neutralitätserklärung Belgiens und die kommunistischen Kundgebungen in Elsaß-Lothringen.

Der Ausschuß hat beschlossen, in seiner nächsten Sitzung den Außenminister um Auskunft über den Stand der Arbeiten des Londoner Nichteinmischungsausschusses zu ersuchen. Während der kommunistische Abgeordnete Bonte wünschte, daß der Außenminister aufgefordert werde, die Frage der Nichteinmischung einer neuen Prüfung zu unterziehen, sprach sich der radikalsozialistische Abgeordnete Bergery für die Beibehaltung der Neutralität aus. Andere Ausschußmitglieder bekämpften scharf die Ausführungen Bontes.

Der Auswärtige Ausschuß hat beschlossen, den Außenminister um Aufklärung über die Folgen der belgischen Neutralitätserklärung für die Sicherheit Frankreichs zu ersuchen.

Schließlich fand ein eingehender Meinungsaustausch über die kommunistischen Versammlungen in Elsaß-Lothringen, die dabei gehaltenen Reden und die daraus sich ergebenden Folgen statt.

Wie amtlich bekanntgegeben wird, wird Außenminister Delbos am 21. Oktober vor dem Ausschuß erscheinen.

Der Streik in der französischen Binnenschiffahrt beigelegt.

Paris, 16. Oktober. Der Streik in der Binnenschiffahrt konnte am Freitag früh beigelegt werden.

Die Verhandlungen, die im Beisein von zwei von der Regierung bestellten Schlichtern seit Donnerstag abend geführt wurden, wurden jedoch so spät beendet, daß das Zustandekommen der Vereinigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern am Freitag morgen nicht mehr rechtzeitig den Streikenden übermittelt werden konnte. Die von den Schiffern gesperrten Wasserstraßen dürften daher erst im Laufe des Freitag für den Verkehr wieder freigemacht werden.

Die polnische Presse zum Pariser Besuch Becks.

Warschau, 16. Oktober. In den Berichten über den Aufenthalt des Außenministers Beck in Paris hebt der **Krakauer Illustrierte Kurier** hervor, daß der Minister mit den französischen Politikern sowohl die internationale Lage nach der Genfer Sitzung wie auch die französischen Pläne über neue internationale Konferenzen im Zusammenhang mit der belgischen Neutralitätserklärung besprochen habe.

Auch **Polska Zbrojna** läßt sich aus Paris melden, daß die Unterredungen Becks einen größeren Umfang gehabt hätten, als man zunächst angenommen habe. Die Sensation des Tages, nämlich die bejahende Erklärung, habe besonders in Hinblick auf die Fünfmächtekonferenz für Frankreich eine Lage geschaffen, die eines der interessantesten Themen der Besprechungen zwischen Delbos und Beck habe sein müssen.

Im übrigen hält es das Blatt für sicher, daß die Unterredungen Becks als „weiterer technischer Ausbau der Ergebnisse des Besuches des Generals Rydz-Smigly" anzusehen seien.

Weitere Pressestimmen zur Rede des Königs Leopold.

Brüssel, 16. Oktober. Auch die am Freitag vorliegenden Kommentare der belgischen Presse zur Rede des König Leopolds lassen erkennen, daß die Grundtendenz seiner Erklärungen von der überaus großen Mehrheit der öffentlichen Meinung gebilligt wird.

Ein offiziöser Kommentar in der Zeitung **XX. Siecle** verfolgt offenbar den Zweck, die Mißstimmung in Frankreich zu beschwichtigen. Das Blatt schreibt, die durch die Erklärung des Königs dargelegte Politik unterscheide sich keineswegs von der bisher in der belgischen Außenpolitik eingehaltenen Linie, aber sie lege die Betonung angesichts der herrschenden Umstände auf bestimmte Punkte. Es wäre eine Täuschung, wenn man glaube, in dieser Erklärung irgend eine Unfreundlichkeit gegenüber Frankreich entdecken zu können

Der außenpolitische Mitarbeiter des Blattes stellt fest, daß die Mehrheit in der Welt die Rede des belgischen Königs günstig aufgenommen habe. Paris folge allerdings dieser allgemeinen Einstellung nicht. Die maßgebenden französischen Kreise hätten sich trotz der Warnungen der belgischen Minister und der Vertreter Belgiens im Ausland durch die Ereignisse überraschen lassen. Das stifte eine Verwirrung in den Köpfen. Die Kommentare der französischen Presse ließen Kaltblütigkeit vermissen. Frankreich werde allerdings infolge der entfernten unabänderlichen Haltung Belgiens gezwungen sein, seine internationale Politik zu revidieren. Wenn die Franzosen sich jeder Feindseligkeit gegenüber Belgien enthalten wollten, dann werde die Freundschaft zwischen beiden Ländern noch für lange Jahre bleiben. Andernfalls würden sie das traurige Schicksal der französisch-polnischen Beziehungen erfahren.

Libre Belgique schreibt in einem kurzen Kommentar von der „unwürdigen Sprache der Pariser Presse". Das Blatt wendet sich vor allen Dingen gegen die Behauptung, daß die Rede des Königs einer einseitigen und unzulässigen Annullierung aller internationalen Abmachungen gleichkomme, die Belgien seit 20 Jahren unterschrieben habe. Nichts sei falscher als das. Belgien bleibe seinen Verpflichtungen treu, namentlich denen des Völkerbundspaktes. Wenn es über neue Abmachungen verhandele, werde es aber prüfen, ob es neue Verpflichtungen übernehmen könne.

Rom, 16. Oktober. Zu den einschneidenden Beschlüssen des belgischen Ministerrats nimmt das Mailänder Blatt **Lavoro** in seinem Leitartikel Stellung. Das Blatt sieht in den Beschlüssen einen neuen Erfolg der gesunden Realpolitik, wie sie jungen Völkern entspreche. Nicht der Völkerbundspakt habe damit einen Stoß erhalten, wie die französische Presse klage, sondern in erster Linie die traditionelle französische Politik, die stets die Sicherheit Europas, wenn nicht sogar der ganzen Welt, zum Schutze der Sicherheit Frankreichs fordere. Gleichzeitig, ob Radikale oder Sozialisten am Ruder seien, stets beherrsche die französische Politik die Ueberzeugung, ganz Europa sei verpflichtet, Frankreich gegen jede auch noch so eingebildete Gefahr zu schützen.

Nachdem es Frankreich im Weltkrieg gelungen sei, die meisten Völker der Welt für sich zu mobilisieren, habe es auch weiterhin die Hoffnung, diese außerordentliche Versicherungspolitik fortschreitend auf unbegrenzte Zeit hinaus verlängern zu können. Für einen Kleinstaat Belgiens befreie Belgien von den Fesseln einer politischen Abhängigkeit von Frankreich und dementsprechend auch von England und mache es zum wahren Herren seines Geschicks. Belgien habe erkannt, welche wenig beneidenswerte Rolle ihm zufalle in dem Drama, das Frankreich auf der Bühne Europas aufführen ließ, und habe diese Rolle abgelehnt. Das Leben Belgiens sei weder das Leben des Völkerbundspakts noch das der europäischen Geschichte nach französischer Auffassung, sondern bestehe nach den Worten von König Leopold „in einer ausschließlich und vollkommen belgischen Politik".

Der Stoß, den der Völkerbundspakt erhalte, treffe ihn nur insofern, als er der konservativen Geschichtsauffassung eines starren Egoismus der sogenannten Demokratien entstamme. Das wahre Opfer der belgischen Entschließungen sei jedoch die ungeschichtliche, unmenschliche Auffassung, die Frankreich Europa in verschiedenen Formen aufzwingen wolle, stets aber mit dem gleichen Ziel, auf diese Weise die aktiven Kräfte der lebendigen Kultur zugunsten einer kleinmütigen Minderheit mit Beschlag zu belegen.

Warschau, 16. Oktober. In der belgischen Neutralitätserklärung sieht der Krakauer Illustrierte Kurier einen Ausdruck der belgischen Befürchtungen, in einen europäischen Krieg hineingezogen zu werden. Seitdem Frankreich eine militärische und politische Verständigung mit der Sowjetunion eingegangen sei, bedeute das belgisch-französische Bündnis für Belgien ein starkes Risiko. Die Sozialisten in der Regierung von Zeeland seien sich darüber klar, daß das Zusammengehen mit den Kommunisten die innere Kraft Belgiens schwäche und die Selbständigkeit der belgischen Außenpolitik durch den Einfluß der abenteuerlichen und Unheil bringenden mit einem großen Kriege drohenden Moskauer Politik schmälere.

Wie das Blatt weiter schreibt, sei die Entscheidung Belgiens nicht unerwartet gekommen. Denn Belgien habe schon bei den Besuchen des Ministers Beck in Brüssel und des Ministers von Zeeland in Warschau großes Verständnis für die polnische Politik gezeigt, die gegen vielseitige kollektive Sicherheitsbürgschaften sei und sich zu zweiseitigen Verträgen mit den Nachbarstaaten entschlossen habe.

Nur noch wenige Kilometer von dem Escorial.

Paris, 16. Oktober. Der Sender Sevilla meldete am Freitag vormittag, daß sich die Einnahme von Alhadal Fresno und Villa del Prado durch nationalistische Truppen bestätige. Die Streitkräfte Molas hätten Robledo zwischen Madrid und Avila besetzt und stünden nur noch wenige Kilometer von dem Escorial.

Der Sender Tenerifa machte, daß die Bahnlinie Madrid—Valencia vollständig unterbrochen sei.

Largo Caballero Oberbefehlshaber in Madrid.

Paris, 16. Oktober. Das Madrider Kriegsministerium hat angeordnet, daß künftig Largo Caballero den Oberbefehl über alle Streitkräfte innehat. Ferner wurde zur politischen und sozialen Kontrolle der Streitkräfte und als Bindeglied zwischen dem Heereskommando und den Kämpfenden ein Generalkommissariat für das Kriegswesen geschaffen, dessen Leitung Außenminister del Vayo übertragen wurde. Ihm sind vier Unterkommissare beigegeben, unter ihnen ein kommunistischer, ein sozialistischer und ein gewerkschaftlicher Abgeordneter.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.